

II-2742 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 10. Juli 1973 No. 1382/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. LEITNER, Dr. Frimacora, Dr. Haldor und Genossen
an die Bundesregierung
betreffend Empfehlung 693 der Beratenden Versammlung des Europarates - Zusammenarbeit in Grenzregionen

Die europäischen Staaten haben in der gegenseitigen Zusammenarbeit gute Fortschritte gemacht. In vielen Grenzregionen jedoch ergeben sich immer wieder Hindernisse für eine gute Zusammenarbeit, obwohl gerade Gemeinde- und Landesbehörden aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Gruppen in diesen Regionen eine Intensivierung der gegenseitigen Zusammenarbeit anstreben.

Die Probleme der Zusammenarbeit in den Grenzregionen wurden während des Europäischen Symposiums über Grenzregionen eingehend behandelt, das Ende Juni 1972 in Straßburg unter der gemeinsamen Schirmherrschaft der Beratenden Versammlung des Europarates und der europäischen Gemeindekonferenz abgehalten wurde.

Die Ergebnisse dieses Symposiums waren Gegenstand einer eingehenden Prüfung durch die Beratende Versammlung des Europarates, die im Jänner 1973 die Empfehlung 693 angenommen hat.

Die Versammlung machte eine Anzahl eingehender Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit in den Grenzregionen und verabschiedete zwei Empfehlungen. In der ersten Empfehlung wird vorgeschlagen, daß die Mitgliedsstaaten die Einsetzungen von Ausschüssen für die Grenzregionen fördern sollen, die zweite Empfehlung geht dahin, daß innerhalb des Europarates ein Auskunftsbüro über die Zusammenarbeit in Grenzregionen eingerichtet werden soll.

Da im September 1973 eine Konferenz der für die Raumordnung zuständigen Minister stattfindet, stellen die unterzeichneten

Abgeordneten folgende

Anfrage:

- 1.) Ist die österreichische Bundesregierung bereit, die Zusammenarbeit in den Grenzregionen Europas dadurch zu fördern, daß sie die in der Empfehlung 693 der Beratenden Versammlung des Europarates gemachten Vorschläge unterstützt?
- 2.) Ist die österreichische Bundesregierung bereit, die Aktivitäten der Gemeinden und der einzelnen Bundesländer zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den ausländischen Nachbargemeinden und Regionen tatkräftig zu unterstützen?